



Pressemitteilung

Rente in der Krise: Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung!

Prof. Dr. Klaus M. Schmidt im Live-Talk zu Gast bei Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Vorsitzender im Ausschuss Ordnungspolitik und Grundsatzfragen, Wirtschaftsbeirat Bayern.

München, 30.09.2021: **„Rentenreform nicht auf die lange Bank schieben, ohne Tabus an mehreren Stellschrauben drehen!“**

Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl liegen vor. Eine der dringlichsten Aufgaben der neuen Bundesregierung wird eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung sein, die nachhaltig und langfristig angelegt ist. Es brennt. Bereits ab 2025 verschärfen sich die Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung massiv.

Prof. Hans-Werner Sinn: „Die Baby-Boomer sind heute 57 Jahre alt und wollen in wenigen Jahren eine Rente von Kindern, die sie nicht haben. Außerdem leben sie viel länger als ihre Eltern und bedürfen längere Zeit der Unterstützung. Alle politischen Parteien sollten sich schon heute Gedanken darüber machen, wie dieser Konflikt aufgelöst werden kann.“

Vorschläge zur gesetzlichen Rentenversicherung liegen auf dem Tisch. Prof. Dr. Klaus M. Schmidt, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, wird sie im Live-Talk mit Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Vorsitzender im Ausschuss Ordnungspolitik und Grundsatzfragen des Wirtschaftsbeirats Bayern vorstellen. Prof. Klaus Schmidt: „Wir werden an mehreren Schrauben drehen müssen. Dabei darf es keine Tabus geben.“

Am 30.09.2021, ab 18:00 Uhr können Sie sich über folgenden Link einwählen:

[Link](#)

Für den Wirtschaftsbeirat Bayern ist klar: Die Bundesregierung muss die Herausforderung Demografie im Kern angehen. Dazu gehören v. a. eine längere Lebensarbeitszeit mit flexiblem Renteneintritt, eine starke kapitalgedeckte Säule der Altersvorsorge und eine stärkere Mobilisierung des Erwerbsspersonenzpotenzials durch eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen und gezielte Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Eine Politik, die es dabei belässt, Mindestrentenniveaus und Höchstbeiträge festzuschreiben, verlagert die Finanzierungslücke nur auf den Steuerzahler und künftige Generationen. Das ist nicht nachhaltig.

Weitere Informationen und V.i.S.d.P.:

Dr. Johann Schachtner
Generalsekretär